

Jour fixe vom 23.04.2018: Der Westen ein Jahr nach Trump – Europa zeigt Wirkung (GS 1-18)

1. Was man bei dem Artikel „Europa zeigt Wirkung“ nachvollziehen und teilen muss, ist der im ersten Unterpunkt formulierte Dreischritt von Geschäftsmodell zu Geschäftszweck zu Geschäftsgrundlage, um so auf den notwendigen Grund für den Umgang der Europäer zu kommen, mit dem, was Trump ihnen serviert. Wie ist dieser Umgang mit den darin enthaltenen Widersprüchen zu begutachten, angesichts der Lage, in die sie sich schon von sich aus gewirtschaftet haben?

a) Am Anfang heißt es, das Geschäftsmodell sei nach beiden Seiten hin geplatzt. Zu klären gilt es, was das Geschäftsmodell ist und in wie weit es in Nöte geraten ist.

— *Die Union ist mit der Perspektive angetreten, dass durch die Zusammenlegung der ökonomischen Kompetenzen aller Mitgliedstaaten jedes Mitglied für sich Wachstum – obwohl in unterschiedlichem Ausmaß – verzeichnen kann. In und mit der Krise ist offenbar geworden, dass das Wachstum der Nationen gegeneinander und auf Kosten von einander geht. Die Gewinnernation Deutschland hat als Garant des Euro in der Krise ein Abhängigkeitsverhältnis gegenüber den Verlierernationen hergestellt. Dieses Regime geht ganz prinzipiell auf Kosten und zu Lasten der diesem Regime unterworfenen Nationen. Das Versprechen, der Beitritt würde sich letztlich für alle lohnen, erweist sich als die erste Lebenslüge der Union.*

— *Einst haben alle Mitglieder der Union auf ihre Geldhoheit wegen des ausgerechneten Nutzens verzichtet. Damit sind die Verlierernationen genötigt worden, auf ihre Haushaltshoheit zu verzichten. In diesem Gegensatz haben sich praktisch die EU-Nationen über die Krise dauerhaft hinein manövriert.*

— *Deutschland hat als die Macht, die über die Krisenrettung zur Garantiemacht des Euros geworden ist, ein Regime über die Staatenwelt der Union errichtet. Es passt auf, dass der „gute“ Euro nicht durch die Benutzung durch die Verlierernationen belastet wird. So soll z.B. auf keinen Fall eine Vergemeinschaftung der Schulden stattfinden, wie etwa durch einen Fond, der jenen Staaten Geld gibt, die es brauchen. Dieses Regime der Deutschen über die Eurozone soll trotz wieder stattfindendem Wachstum bleiben.*

— *Allgemein ist die Konkurrenz innerhalb der EU durch die Finanzkrise beflügelt worden.*

Die Verschärfung der Konkurrenz hat eine *eigene* Qualität und zwar in doppelter Hinsicht. Die eine Seite ist, dass die Krisenkonkurrenz eine Konkurrenz um die Verteilung von Schäden ist. Die zweite Seite ist die Art ihrer Abwicklung. Sie besteht im Kampf um die Unterordnung aller Nationen unter ein politisches Regime, dessen Inhalt es ist, den nationalen Materialismus, die nationale Ökonomie zum Mittel für den Euro zu machen. Nur in dem Maße, wie die nationale Beschädigung zugleich einen Schaden für den Euro beinhaltet, sind die nationalen Ökonomien überhaupt rettungswürdig. Umgekehrt müssen sie sich lauter Diktate gefallen lassen, wenn ihnen Mittel zugewiesen werden, weil diese als Beitrag zur Stärkung des Euros verbucht werden können oder weil man die Mitglieder nicht fallen lassen will.

Das Geschäftsmodell hat auch zu Zeiten seines Funktionierens einen atemberaubenden Widerspruch für alle eingeschlossen, nämlich den verrückten Tausch: nationale Souveränität gegen Zuerwerb von ökonomischen Souveränitätsmitteln. Da wurde auf ein eigenes Geld unter der Prämisse verzichtet, dass statt eines autonomen nationalen Geldes ein Geld als das eigene benutzt wird, über das man zwar nicht allein autonom verfügen kann, das aber umgekehrt den Reichtum eines riesigen Wirtschaftsblockes repräsentiert, einem also eine Kreditwürdigkeit einspielt, die man alleine überhaupt nicht aufbrächte. Das ist verrückt, weil das, was Staaten sind, darauf beruht, dass sie souverän über das gebieten, womit sie hantieren. Die Haltbarkeit dieses Widerspruchs hatte zur Grundlage, dass die Kalkulation aufging, dass das wächst, was einer Nation ökonomisch – auch als materielle Souveränitätsmittel des Staates – zu Gebote steht. Sich auf eine immer weiter fortschreitende Kollektivierung von nationalen Souveränitätsrechten einzulassen, lohnt sich – so die Rechnung. Die Krise hat 1. das in die Krise gebracht und 2. brachte die Krisenbewältigung, der politökonomische Nachvollzug und die Vollendung dessen, diesen Widerspruch zum Platzen. Da ist die Krisenbewältigung schnell umgeschlagen in ein dauerhaftes Regime über die Unionsmitglieder – ganz in der Logik dessen, dass sie alle in einem Geld wirtschaften, von dem die einen in den Status gewirtschaftet worden sind, dass sie ihn brauchen, aber nichts zu ihm beitragen und die anderen es zu dem Status gebracht haben, dass sie die anderen erfolgreich benutzen, und deswegen die einzigen Garanten der Güte dieses Geldes sind. In dem Sinne folgerichtig ist dann die Krisenbewältigung nicht einfach eine Konkurrenz mit ein bisschen gemeinsamer Absprache über die Modi der Konkurrenz gewesen; sondern die einseitige, gar nicht nur ökonomische Abwälzung der Krisenschäden auf die unterlegenen Nationen und politisch die Durchsetzung eines Regimes mit dem bereits erwähnten Inhalt.

Am Beispiel der Verlierernation Griechenland lässt sich der Widerspruch, weiterhin mit dem Euro zu wirtschaften, leicht erkennen. Worin besteht der Widerspruch für die allseitig gehasste Siegernation Deutschland und zwar bezogen auf die beiden Seiten: des ökonomischen Nutzens und dessen Verhältnis zu Souveränität und Souveränitätszuwachs? Sie haben mit ihrer „schwarzen Null“ die „Haushaltssittlichkeit des 20. Jhdts.“ in Europa und den Euro als Zweck, dem alles unterzuordnen ist, durchgesetzt.

— *Der Widerspruch einer Gewinnernation wie Deutschland besteht ökonomisch darin, dass die Verliererstaaten keine gute Geschäftsgrundlage mehr für deutsche Geschäfte sind, weil es den bisher zur Verfügung gestellten Kredit, mit dem bezahlt wurde, nun nicht mehr bzw. nur noch eingeschränkt gibt.*

Dieser allgemeine Schaden, dass durch die Bereicherung an fremden Nationen diese für weitere Bereicherung an ihnen zu entfallen drohen, trifft natürlich da auch zu. Was jedoch ist die *eigene* Qualität, wenn eine Konkurrenznation im gleichen Geld wirtschaftet wie man selbst?

— *Wenn dieser Wirtschaftsraum für die Reichtumsproduktion nicht brauchbar ist, schadet das dem Geld. Und wenn Kredite nicht mehr bedient werden, ist das nicht nur ein Abzug von Geld in dem jeweiligen Land, sondern auch an der Qualität des Euro selbst. Als ein Geschäftsmittel der EU ist es natürlich ökonomisch gesehen erst mal ein Widerspruch, dass man auf der einen Seite ein Mitgliedsland benutzt, um sich selbst zu bereichern, auf der anderen Seite aber nicht nur diesem Staat schadet, sondern auch dem eigenen Geld.*

Dieser Widerspruch, was mit modellmäßig praktizierter „Lebenslüge“ gemeint war, ist ja nicht einfach nur ein Standpunkt, der nicht mehr bedient wurde, sondern das hat sich die Union im Euro selbst als ökonomische Sache geschaffen. Der Euro lebt davon, dass die Mitgliedsländer alle irgendwie Beiträger für den Euro sind. Wenn sich jetzt der Euroraum so zerlegt hat, dass es Nationen gibt, die den Euro erfolgreich benutzen und andere, die das nicht können, heißt das zugleich für den Euro, dass er durch *die* fragwürdig gemacht wird, die für ihn nicht nützlich sind.

Entsprechend widersprüchlich ist dann auch der Umgang mit denen. Weswegen auch die deutschen Retter und Garanten nicht einfach zufrieden sind, wenn sie die Griechen tüchtig knebeln können. Jahr um Jahr geht der Streit weiter, welche Auflagen man den Griechen machen muss, mit welchen Perspektiven Schuldenerleichterungen, bzw. Schuldenschnitt versehen sein sollen, die aber dann als das gar nicht angesehen werden dürfen. Die Griechen will man nicht nur als Handelspartner, sondern als Mitglieder des Blocks, von dem der Euro lebt, erhalten. Zugleich soll der Euro seine Güte darin haben, dass keine Rücksicht auf die Nöte der Nationen genommen wird, die in ihm wirtschaften, sondern umgekehrt: sie haben sich mit dem, was sie sich leisten können, gefälligst dem anzupassen, was der Euro verlangt. Und in dem Hin und Her bewegt sich jetzt schon im 9. Jahr der deutsche und Brüsseler Umgang mit dem Sanierungsfall Griechenland.

— *Der politische Umgang der deutschen Führungsmacht mit diesen Verliererstaaten ist ein Gesichtspunkt für die Bewertung der Führungsqualität Deutschlands und damit auch der Potenz des Geldes, für das es Garantiemacht ist. Da verschränkt sich das Politische mit dem Ökonomischen.*

Jetzt ist man bei dem, was das mit dem Willen der entsprechenden Nationen anstellt.

— *Anstatt dass die meisten EU-Staaten durch den wirtschaftlichen Zugewinn auch einen Zugewinn an Souveränität haben, weil ihnen mehr Mittel zur Verfügung stehen, findet das Umgekehrte statt. Erstens kommen ihnen die Mittel abhanden und zweitens werden sie unter Auflagen gestellt, wie sie ihre Souveränität bei der Aufstellung von Haushalten zu verwenden haben. Diese Beschränkung ihrer Souveränität ist deshalb nicht ohne Weiteres ein Argument für den Euro, für Europa. Dies steht alles gegen den erhofften/versprochenen Zugewinn an wirtschaftlicher Stärke und Souveränität und für einige Nationen findet jetzt das Gegenteil statt.*

Das ist gemeint mit: „Der Tausch von nationalen Souveränitätsrechten gegen Teilhaberechte am Euroverbund unter der Regie der Mächtigsten wird als Methode des Bündnisfortschritts in dem Maße un- bis kontraproduktiv, wie er immer mehr als offene Erpressung mit elementaren ökonomischen Abhängigkeiten stattfindet“ (S. 102). An dem Verhältnis von Über- und Unterordnung als Methode des Bündnisfortschritts kommt derselbe Widerspruch zum Tragen, denn wenn das ganze Verhältnis der Nationen im Grunde darauf beruht, dass sie feststellen, als Nation im Bündnis besser aufgehoben zu sein als ohne, dann ist das der Sache nach von ihnen aus gesehen immer der letzte Gesichtspunkt, der letzte Grund sich dem, was es an per Ökonomie bewerkstelligter politischer Erpressung gibt, zu beugen oder auch nicht. Dies ist an Griechenland, Polen und Ungarn zu studieren, die sich zwar mancher Erpressung beugen, generell aber renitent werden. Auch bei den kleinen Nationen ist das nicht nichts und es kürzt sich nicht heraus, dass sie weniger erfolgreich bis ruiniert sind, eben wegen des Geschäftsmodells selbst, das sie gerade alle behandeln will als welche, die als souveräne Nationen dabei mitmachen, weil sie sich für ihre Mittel und ihre Souveränität davon etwas versprechen.

Das ist das Stadium der Fortentwicklung des Widerspruchs dieses Geschäftsmodells.

Wie geht nun der Übergang des Artikels von **a)** nach **b)**, wie kommt er auf den Geschäftszweck?

— *Die Nationen geben selber einen Zweck an, warum die EU sein müsse, nämlich Friedenssicherung. Das, was sie sich da als Leistung anrechnen, war eine Leistung der USA, die die europäischen Nationen in dieses Bündnis eingebaut haben. Und genau dieses kommt ihnen nun mit Trump abhanden. Daher sehen sie sich nun genötigt, eine eigene vereinte europäische Macht zustande zu bringen, die ihre Grundlagen selber sichert. Dazu sagt der Artikel, dass, wenn das der Zweck ist, den sie sich angesichts des Wegfalls der amerikanischen Grundlage vornehmen, dann weiß man eines über diese Gemeinschaft, dass sie nämlich gegen Amerika geht.*

— *Das war doch von Anfang an klar, dass es sich bei der EU um ein Projekt in Konkurrenz zu den USA handelt. Warum muss dies hier erst erschlossen werden?*

— *Hier geht es darum, dass sich das EU-Projekt zu einem Punkt hin entwickelt hat, an dem seine Methode des Erfolgs kontraproduktiv geworden ist. Wenn sie jetzt sagen, dass sie wegen der Friedenssicherung an ihrem EU-Projekt festhalten wollen, kann man daraus auf den Charakter ihres Projekts schließen: Es ist offenbar die polemische Seite ihres imperialistischen Projekts, die jetzt ihren Willen ausmacht, unbedingt an ihm festzuhalten.*

— Die größten Gewaltanwendungen gegenüber Griechenland und anderen Verlierer-Nationen, werden in Debatten der Europafreunde immer mit dem Diktum des Friedens angeführt: Man müsse dankbar für die europäische Periode des Friedens sein und deshalb müsse man am Erfolgsmodell weiter festhalten. Dieser Punkt mit der Friedenssicherung kommt mir wie ein Zynismus vor: Als hätte die europäische Einigung darauf aufgebaut, dass es einen Friedenswillen unter den europäischen Staaten gegeben hätte, und dieser hätte sie zur Bildung der Union veranlasst. Für mich ist das Konstituierende an der Union, dass sich diese Staaten für sich jeweils nicht für souverän genug gesehen haben, um gegen den Souverän auf der anderen Seite des Atlantiks bestehen zu können. Und insofern ist die EU ein Konkurrenzprojekt gegenüber den USA. Dass dabei implizit eine Situation des Friedens dabei herausgekommen ist, ist insofern folgerichtig, war aber für die EU nicht konstituierend.

— Hier soll erklärt werden, warum die Nationen, je mehr ihnen ihr Europa um die Ohren fliegt, umso mehr an diesem festhalten. Um diesen Widerspruch geht es.

Es wird von keinem hier vertreten, dass Friedenssicherung ernsthaft ein Argument für die EU wäre. Der Hinweis, dass es sich dabei um einen Zynismus handelt, ist ja korrekt. Wie hebt man solch ein Argument aus, wenn man nicht darauf zurückgreift, dass man selber weiß, dass die EU schon vom Ausgangspunkt her ein Konkurrenzprojekt gegen Amerika war und ist? Der Artikel sagt zu diesem Argument einfach: Die wollen allen Ernstes gewürdigt wissen, dass sie Frieden gehalten haben, und dies sei der überzeugende Grund, dass sie gerade angesichts der Gegensätze ihres Projektes weiter auf diesem Europa bestehen!

— Wenn dieses Projekt für seine Friedenssicherung gelobt wird, wird damit ausgedrückt, wie kriegsträchtig die ganze Veranstaltung von Anfang an war. Und jetzt, da die Gegensätze eklatieren, sei diese Leistung besonders wichtig.

Sie werden nicht bei irgendetwas geständig. Umgekehrt: Was ist das Verlogene an dem, dass sie sich wechselseitig z. B. den Krümmungsgrad der EU-Gurken vorschreiben und das soll ein großes Übergreifendes haben, nämlich Frieden?

— Es handelt sich um eine Friedenssicherung von Konkurrenten. Im Artikel ist es so aufgelöst, dass diese Friedenssicherung gar nicht ihr Werk ist. Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg ein Bündnis zustande gebracht, in dem sie die Partner gezwungen haben, gegeneinander keinen Krieg zu führen.

Und noch eine Stufe schlichter soll gesagt werden: Frieden – dass sich zwei nicht verdreschen, dazu braucht es doch keine Währungsunion, man muss sich dazu bloß aus dem Weg gehen. Nicht Krieg gegeneinander zu führen als Zweck davon, die Gelder zu vergemeinschaften, gemeinsame Normen für alles Mögliche zu finden und sich ein *acqui communautaire* aufzunötigen: die Abstraktion von jedem politischen Zweck als den Endzweck all dessen, was gemacht wird, das kann nicht die Wahrheit sein. Wie soll das denn gehen: ein Konkurrenzprojekt zwecks Friedenssicherung? Das ist erstens ein logisches Unding und zweitens dazu Frieden zu sagen, da besteht der Zynismus darin, dass damit alles abgesegnet ist, was so gang und gäbe ist. Mit jedem Gegensatz unterhalb dessen, dass sie wieder mit Panzern aufeinander losgehen, wird sich qua Subsumtion unter die Kategorie ‚kein Krieg‘ nicht befasst. Das ist die Generalrechtfertigung für jede Weise, die Gegensätze zivil erpresserisch gegeneinander auszutragen, und für alle Resultate, die das für die reizenden Völker hat, trifft das schon gleich zu. Dazu sagt der Artikel bloß: Sie haben keine Angst, sich lächerlich zu machen, wenn sie es gewürdigt wissen wollen, nicht aufeinander losgegangen zu sein wie noch 1914 und 1939. Danach kommt das Argument, dass dieser Frieden nicht einfach durch die europäischen Nationen gehalten worden, er ihr gemeinsamer Wille gewesen sein kann, wenn es schon solcher Anstrengungen bedarf, die institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Dazu braucht es erstens die Vormacht USA und dies zweitens nicht deshalb, weil sie einfach dem befreiten Europa Frieden schenken wollten. Es brauchte sowohl für die USA als auch die Europäer einen triftigen Grund, dass jene die Europäer in eine solche Friedensordnung hineinzwingen und diese sich in diese hineinbegeben: Das gigantischste Kriegsprojekt aller Zeiten.

Es folgt im Weiteren nun kein Argument, das nicht eigentlich schon irgendwie in a) auch steht und man sich so auch schon immer gedacht hat. Sondern der Artikel macht sich die Mühe, auf diesen Zweck – von dem behauptet wird, dass die Union ihn von Anfang an gehabt hat – zu schließen. Aus dieser Konstellation, dass der Abtritt Amerikas als die verantwortliche Macht jetzt selber Unordnung stiftet und 'uns' in Schwierigkeiten bringt, endgültig ein einiges Europa erfordert. Als logische Schlussfolgerung aus Trumps Politik – wie immer behauptet wird – folgt diese Emanzipation Europas überhaupt nicht. Es gibt ja auch andere (EU-)Staaten, die mit Trumps neuer Form großmächtigem Nationalismus' sehr viel anfangen können und sagen, dass man sich in dessen Fahrwasser begeben müsse. Wenn jetzt die Europäer darauf kommen, dass diese Situation die Dringlichkeit verschärft, diese Einigung aktuell auf die Tagesordnung zu setzen und zu vollziehen, dann beweist dies, dass das sowieso die Tagesordnung ist. Wenn Merkel sagt, Europa müsse sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen, weiß jeder, was das heißt: Bezogen auf die ganze Welt – wie auch immer unscharf man sich das vorstellen mag – sich ins Spiel bringen, im Spiel halten, irgendwie sichern, was man an notwendigen Grundlagen oder berechtigten Ansprüchen so gegen den Rest der Welt hegt. Dann ist aber auch der Anspruch der Grund dafür, dass er mit Trump jetzt so dringlich wird.

— Sie haben auch deutlich formuliert, was der Inhalt dieser Selbständigkeit ist, wenn Amerika jetzt seiner Verantwortung nicht mehr gerecht wird: Wir müssen sie dann eben in die Hand nehmen. Darin ist diese

imperialistische Zuständigkeit, wie Amerika sie hat, reklamiert.

Diese nach außen gerichtete polemische Seite des Weltmachtprojekts ist der letzte entscheidende Grund dafür, dass sie über all ihre inneren Widersprüche nicht verdräglich werden. Bei aller Unzufriedenheit mit ihrem Europaprojekt, sogar bei aller national einreißenden Europafeindschaft, halten die großen Mächte in Europa – die überhaupt diese Perspektive sich setzen konnten und gesetzt haben – daran fest. Das ist dann auch gleichzeitig der Maßstab aller Unzufriedenheit mit ihrem Projekt. Darauf war das ganze Geschäftsmodell gemünzt, so hat man es sich eingerichtet, dafür die anderen ins Boot geholt, um sich gegen Amerika aufzubauen.

An der EU unbedingt festgehalten werden muss, weil sie die Art und Weise ist, sich überhaupt diesem anspruchsvollen Projekt mit der anti-amerikanischen Stoßrichtung widmen zu können; weil jede einzelne dieser ambitionierten europäischen Nationen in der Konkurrenz gegen die USA sich als nicht ausreichend munitioniert sieht. Deswegen ist dieses Projekt notwendigerweise ins Leben gekommen und deswegen kündigen sie die Union nicht, weil sie nur als diese vereinigten europäischen Konkurrenz-Staaten überhaupt in der Lage sind, den Konkurrenzanspruch gegenüber Amerika aufzumachen. Das ist die missliche Situation bezüglich des erreichten Zustandes der Union.

Das vorher besprochene – sie halten Frieden, angesichts dessen, was sie innerhalb ihrer Union als Konkurrenten gegeneinander anrichten – ist einerseits gar keine Selbstverständlichkeit, aber andererseits unabdingbar für den Zweck, den sie mit diesem Projekt verfolgen. Unabdingbar ist, dass sie zwar als Konkurrenten agieren, aber als welche, die sich nicht wechselseitig die Freundschaft aufkündigen.

Dieser Standpunkt der Europäer, an Europa festzuhalten, sei jetzt erst recht eine unbedingte Notwendigkeit, ist also ein Beschluss von höchsten Gewalten, die in dieser Weise gerade ihre freie politische Entscheidung ausdrücken, jetzt erst recht dagegen zu halten. Von wegen: es wird etwas infrage gestellt und man reagiert und muss sich darauf einstellen.

Immer, wenn sich einer darauf beruft, dass es einen neuen Gegensatz und eine neue Konkurrenz von der anderen Seite gibt, in der er bestehen *muss*, dann *will* er das auch. Wie immer, wenn Mächte darauf bestehen, dass sie zu irgendetwas gezwungen sind, dann ist das Grundsätzliche, das sie zwingt, ihr unbedingter Wille dazu.

— *In einer Diskussion wurde mal die Frage, warum die Europäer bei allen Widersprüchen und Verdräglichkeiten am Bündnis festhalten, damit beantwortet: Sonst würden sie wieder auf den Status einer Regionalmacht zurückfallen. Das ist nicht richtig, weil es eben ihr unbedingter Wille ist, sich darin zu bewähren. Das lässt sie nicht verdräglich werden bei allen Widersprüchen, die ihnen in der EU aufgemacht werden.*

Man muss den Gedanken nur noch weiter denken: Für wen ist so etwas denn ein Ding der Unmöglichkeit? Kein Menschen und auch kein Staat von minderer Macht scheut diese für unmöglich gehaltene Perspektive. Nur für ein politisches Subjekt, das es zu einer Weltmacht gebracht hat und darin auch sein ganzes Weiß-Warum sieht, ist das der Anfang des Niedergangs. Der Gedanke, nur für sich festgehalten, ist tautologisch; da fehlt, woran er sich misst. Jetzt geht von da aus der Übergang auf

c). Dieser Wille, die Konkurrenz gegen Amerika, um politische Durchsetzungsfähigkeit als Macht, als politischer Block zu bestehen und dafür Europa beieinander zu halten und darauf abzurichten, bekommt mit Trump eine neue Dringlichkeit. Das verweist auf die andere Seite dieses Konkurrenzprojekts.

Die Dringlichkeit kommt nicht daher, dass die USA einfach der Konkurrent sind, an dem Europa sich gemessen hat und mit dem es konkurriert hat, sondern dass die USA bisher zugleich auch die *Grundlagen* dafür spendiert haben, dass man die Konkurrenz gegen sie überhaupt führen kann. Womit Trump die Europäer konfrontiert, ist nicht einfach eine Verschärfung der Konkurrenz um ökonomischen Reichtum und imperialistische Kontrolle der Welt. Sondern auf einer viel fundamentalen Ebene konfrontiert er sie zugleich damit, dass er die Grundlagen kündigt, auf denen sie sich bisher als Konkurrenten gegenüber ihnen aufgebaut haben. Das macht es so dringlich und zugleich (vorgreifend) so widersprüchlich, diese Konkurrenzinitiative Trumps aufnehmen und beantworten zu wollen.

Inwiefern ist denn die Politik Amerikas Grundlage gewesen für dieses anti-amerikanische Konkurrenzprojekt Europas? (Pkt. 1 – 3, S. 104)

— *Erstens haben die Amerikaner die Nationen Europas in ein Bündnis eingebunden, in welchem diese Bündniszugehörigkeit vor und über den jeweiligen Zweck der Staaten stand. Das schließt ein, dass zwischen den Bündnisstaaten Gewaltanwendung verboten und ausgeschlossen ist. Diese Relativierung der Souveränität der europäischen Staaten hat garantiert, dass sie bei allen Zumutungen, die sie einander zufügen, dem Zustand des Friedens verpflichtet waren – das war in diesem Bündnis eingeschlossen und von den USA garantiert. Das ist in dem Bündnis fest zur Prämisse ihres Handelns gemacht und von den USA als solche abgesehen worden.*

Das ist das Zweite, das Erste ist das offensive: Sie lassen sich auf diesen Widerspruch ein, weil sie sich nicht einfach aneinander messen, sondern an der Vormacht USA. Das ist positiv ausgedrückt ihr Zweck der Weltmachtkonkurrenz. Jetzt kommt noch dazu: dass sie auf das als Mittel kommen *konnten* – dass sie darauf kommen *wollen*, ist ihr Wille zur Weltmachtkonkurrenz –, dass das überhaupt sich als Mittel bewährt, macht die Grundlage aus: Der als Mittel für die Weltkriegskonfrontation gegen die Sowjetunion garantierte innerwestliche Frieden hat überhaupt dafür gesorgt, dass das ein gangbares Mittel ist. Es verpflichtet die Nationen auf die zivilen

Umgangsformen zueinander bis in die Form politischer Sortierung des Kontinents im Zuge des Euro und der Eurokrise. Es ist natürlich Quatsch, dass dieses Verhältnis manche Patrioten aus anderen Nationen dazu animiert, Merkel mit Hitlerbärtchen zu malen; aber dass das was von Unterordnung hat, von materieller Beschädigung, die Nationen ansonsten eher nur in Kriegen hinkriegen, dass selbst bis auf diese Stufenleiter die Gegensätze, die ökonomische Vormacht der Deutschen als politische Unterordnung und Erpressungsmacht wirken, dass sich ihr Außenhandels-Plus und das Haushalts-Plus als politische Waffe bewährt, liegt eben daran, dass die anderen Waffen ganz grundsätzlich in diesem überkommenen Konstrukt des (europäischen) Westens ausgeschlossen waren. Der Konkurrenzwillie hat sie dazu *aufgestachelt* und der amerikanisch garantierte Frieden hat es ihnen *ermöglicht*, sich auf diese zunehmenden Widersprüche einzulassen.

Der amerikanische Imperialismus war also nicht nur der Stachel, den sich Europa selbst gesetzt hat (dahin wollen sie es bringen, den Amerikanern ihr Monopol zu bestreiten), sondern diese vielen Jahrzehnte lang auch die positive Grundlage, sogar Mittel. Indem er eben als erstes mit dem inner-westlichen auch den inner-europäischen Frieden gesichert hat und damit alle Fortschritte des ökonomischen Zusammenwachsens und damit alle zunehmend widersprüchlichen und zunehmend gegensätzlichen Formen der Sortierung innerhalb Europas – bis hin zu all den Zumutungen, die in **a**) grob auf den Begriff gebracht wurden.

Zu **zweitens**: Inwiefern war der amerikanische Imperialismus auch in Bezug auf den Rest der Welt nicht nur Stachel, sondern positive Grundlage und Mittel für Europa? Was ist eigentlich die politische Seite von Weltwirtschaft? Wenn jetzt die Europäer beklagen, Trump verginge sich aktuell (jedenfalls tendenziell und seinem Gemüt nach sowieso) an diesen großartigen zivilisatorischen Errungenschaften, die eine offene freie und dabei auf Regeln basierende Weltwirtschaft darstellt, wovon ist dann weniger beschönigend ausgedrückt die Rede?

— *Dass der freie Welthandel, das globale Kapitalismus-machen durchgesetzt worden ist. Bevor die anderen Nationen das Kreditgeld benutzen können, sind sie vielleicht nicht ganz freiwillig dazu gebracht worden, dass sie das benutzen wollen, im Weiteren auch können und dürfen.*

Die Leistung des innerwestlichen Friedens war, dass sich der Westen auf diese Weise in die Lage versetzt hat, als kollektives Gewaltsubjekt aufzutreten, das der halben Welt – nachher der ganzen – aufnötigt, dass der souveräne Materialismus von Staaten im Kapitalismus zu bestehen hat. Dass sie sich für den Weltmarkt zur Verfügung stellen und dabei bleiben, auch da wieder gegen alle Zumutungen, die den meisten beteiligten Nationen eine Teilnahme daran so bereitet. Dass die Welt überhaupt ein riesengroßer Absatz- und Beschaffungsmarkt ist, dass klar ist, die geschlossenen Kontrakte zwischen den Bürgern der Nationen werden auch eingehalten und dafür haben sich die anderen Nationen stark zu machen und bei sich dafür zu sorgen, dass deutsche Kaufleute ihr Zeug nicht nur dorthin liefern können, sondern auch das Geld dafür einkassieren. Dass die Welt eine „offene“ ist, also zur Verfügung steht und zwar verlässlich, hat die Kollektivgewalt des Westens unter der Führung Amerikas gebraucht. Dafür hat Amerika sich auch zur Verfügung gestellt, das war die große *Leistung* des westlichen Bündnisses. Es war gar nicht ihr letzter *Zweck*, weil es ein Weltkriegsbündnis war und wegen dieser existenziellen Gefahr, die der eigene Weltkriegswille überhaupt für sich heraufbeschworen hat, diesen Prämissen-mäßigen Charakter hatte.

— *Im Artikel steht, dass die USA dem Weltmarkt „... nicht nur die zivilen Regeln verpasst haben, sondern auch die Maßregel, dass sie auf ihre Interessen und den Schutz ihrer Freunde und Alliierten nichts kommen lassen.“ (S. 104) Die Amerikaner haben immer darauf bestanden und darauf eingewirkt, dass die Weltordnung letzten Endes dazu führt, dass ihr Vorteil garantiert wird. Dabei haben sie aber offensichtlich eine besondere Spezies von Nationen unter ihre Fittiche genommen, eben diese Führungsnationen, die für sie als wichtige Bündnispartner gegenüber der Sowjetunion quasi auf demselben Level stehen wie ihre eigenen Interessen. Was Trump inzwischen als ganz schlechten 'deal' sieht. Aber dass die Bündnisnationen mit der Verfolgung ihrer Konkurrenzinteressen unter dem Schutz der Amerikaner stehen, auf diese Besonderheit wird hier hingewiesen?*

Und was schließt das ein? Das ist die andere Seite des vorher Gesagten: Kein Staat hat – egal, wie hart ihn das ankommt, am Weltkapitalismus und all seinen Gegensätzen mitzuwirken – diesen zu kündigen und ‚Kündigung‘ ist dann natürlich etwas Anti-Westliches. Dass Deutschland, wenn es Geschäfte macht und Verträge abschließt, Regionen und Nationen in Handelsbeziehungen mit sich verstrickt, nicht einfach als Deutschland agiert, sondern mit der Macht ‚des Westens‘, also der USA, im Rücken, die den Schutz ihrer Bündnispartner als gleichbedeutend wie den eigenen Schutz definiert haben (Nato-Vertrag Art.5), das ist hier gemeint.

Es ist ja nicht nur der Gewaltverzicht unter den Nato-Partnern praktiziert worden: Die Einrichtung einer Weltwirtschaftsordnung hat auch da die Verpflichtung der Staatenwelt eingeschlossen, (nur) ökonomisch miteinander zu konkurrieren und Frieden zu bewahren. Und diese Sorte Leistung der USA für das europäische Projekt, dass die Welt ihm ökonomisch zur Benutzung zur Verfügung steht, ohne dass Europa ständig gewärtig sein muss, in Hinsicht auf seine Ansprüche mit kriegerischen Mitteln konfrontiert zu werden – diese Leistung ist in Pkt. 2 angesprochen.

Zu **drittens**: Nach der Seite der ökonomischen Substanz hin heißt diese Garantie eines durch eine Weltordnung geregelten Weltmarkts, die USA haben den Stoff und das unentbehrliche Mittel spendiert. Für die Europäer hieß das: sie durften und sie konnten auch an der ganzen Welt ein Geld verdienen, das unmittelbar internationalen Reichtum dargestellt hat, also ein Mittel war für die weitere Reichtumsvermehrung, also für ihren ökonomischen Aufstieg, der sie in die Lage versetzt hat, Dollarkredit zu verdienen, mit ihm Geschäfte zu machen. Sie konnten

den Kredit benutzen, ihn rechtfertigen, sich darüber weiter kreditwürdig machen und so ihr eigenes Geld – zwar nur bedingt, aber immerhin – zu einem international schlagkräftigen und für die Nation selber brauchbaren Kreditmittel machen. Dafür war es nötig, dass es diesen Kredit in Form von Weltgeld von den USA gab – einschließlich eines Finanzmarkts, der tiefer und breiter ist als alles, was die Nationen an eigenem Kredit und Kreditgewerbe auf die Beine haben stellen können.

— *Der Dollar als Kreditgeld war die Währung der Welt, garantiert über die Gewalt der USA. Die Europäer haben bis heute diese Gewalt für den globalen Kapitalismus nicht selbst auf die Beine gebracht. Insofern waren der Garant des Geldes die USA mit ihrer militärischen Gewalt. Und insofern war dies auch die Grundlage oder das Mittel für die Globalisierung des europäischen Geldes.*

Da hat man wieder das Doppelte: Sie haben sich am Dollar gemessen und das war dann auch der Stachel, bis hin zu dem Übergang, die starke DM zu einer ‚Dorfwährung‘ (Kinkel) und so die Notwendigkeit für die Einführung des Euro zu erklären. Das schloss aber immer mit ein, dass sie am und mittels des Dollar als unmittelbar gültigem Reichtum schwer verdient haben; und dass der ihnen weiterhin zur Verfügung steht.

In einem Krisenartikel (GS 3/16) ist über die seinerzeit politisch gewollte wechselseitige Kreditierung gesagt, dass die westlichen Notenbanken sich angesichts der Krise dazu vorgearbeitet haben, sich einen in Höhe und Zeitdauer unbegrenzten Währungskredit einzuräumen. Es ist also nicht ad acta gelegt, dass Europa davon lebt, dass der Euro ein Mittel ist, auf den Dollar zuzugreifen. Die drei Punkte: inwiefern hat Amerika nicht nur den Grund abgeben, sondern die Grundlage dafür gestiftet, dass Europa mit ihm konkurrieren kann und will, kehren in Punkt c) wieder als: das sind die drei Momente dessen, was es objektiv heißt, als Europa „sein Schicksal ... in die eigenen Hände zu nehmen“ (S. 102): 1. den inneren Frieden bewahren, 2. sich die Welt so zurecht machen, dass sie gemäß den europäischen Bedingungen wirtschaftet und sich die Resultate dann auch gefallen lässt und 3. ein eigenes Kreditgeld, das nicht von seinem Verhältnis zum Dollar lebt, zur Verfügung zu stellen. Das ist die Objektivität des obigen Programms: Die Grundlage, die die USA immer weniger und tendenziell gar nicht mehr darstellt, selber zu ersetzen.

In 2. geht es darum, auf welche Widersprüche Europa bei der Umsetzung dieses Programms notwendigerweise stößt. Jetzt macht sich geltend, dass und inwiefern der EU-Club in sehr gegensätzliche Abteilungen sortiert ist. Es ging vorher schon darum, *wem* es Probleme macht, dass Europa in der Welt nicht mehr die einflussreiche Größe ist, die es bisher unter dem Schutz der USA war, und nicht mehr die imperialistische Qualität hat, die es in Konkurrenz zu den USA anstrebt. Das betrifft die Nationen in der EU, die das im Programm haben – im Unterschied zu den anderen Nationen in der EU, die diesen imperialistischen Anspruch nicht haben, im Wesentlichen die Staaten, die von Anfang an als Mitglieder zweiten Ranges in die EU eingearbeitet wurden. Die Übernahme eines ganzen Blocks, dem man keine Zugeständnisse machen musste aufgrund der eigenen Stärke und der Alternativlosigkeit für diese Nationen, war erstmal ein durchaus erfolgreich durchgeführtes imperialistisches Erweiterungsprogramm.

Dieser nie ganz widerspruchsfreie imperialistische Erfolg macht sich jetzt als der Widerspruch geltend, dass die EU etliche Mitglieder hat, die das imperialistische Anliegen – die Konkurrenz mit den USA – nicht nur nicht teilen, sondern richtiggehend konträre Interessen haben, sowohl in Bezug auf die USA als auch auf Russland. Für diese Staaten stellt sich das Verhältnis von innereuropäischem Zusammenhalt und nach außen gerichteter Weltmacht-Perspektive genau umgekehrt dar: Für die starken Staaten soll die Vollendung des Projekts Europa dazu taugen, ihre Weltmachtkonkurrenz voranzutreiben. Für die anderen ist diese Perspektive – sowohl gegenüber Russland wie gegenüber den USA – das ‚Brüsseler Diktat‘, also der Zwang zur Unterordnung. Ihre Raison ist eine ganz andere, nämlich diese Großmächte dafür zu benutzen, den europäischen Unterordnungsansprüchen etwas *entgegenzusetzen*. Also von wegen ‚Wir müssen zusammenhalten gegen die Kräfte von außen, die uns spalten wollen‘. Jetzt bekommen die (starken) EU-Staaten die Quittung für die sehr weit gediehene Unterordnung dieser Nationen: Man hat sie auf Europa verpflichtet und sich als EU-Führungsmächte weitgehend davon emanzipiert, auf *deren* nationalen Egoismus Rücksicht zu nehmen; das ist die andere Seite des imperialistischen Erfolgs. Das ist dann der

3. Punkt, der nur der Logik nach benannt und nicht ausgeführt ist: Einigkeit ist noch nicht einmal die Wahrheit zwischen den EU-Führungsmächten selbst, und zwar deswegen, weil sie gleich sind in dem Willen, *sich* Europa herzurichten für die Konkurrenz gegen die USA, Russland und China. Das ist der Stoff sowohl für die Einigkeit, dass man Europa vollenden muss als auch für alle Gegensätze, die dann in der Sache notwendigerweise aufkommen. Was das eigentlich heißt: Europa muss vollendet werden wegen ‚unserem‘ Weltmachtprogramm – das ist weder in Berlin noch in Paris eine Abstraktion vom nationalen Standpunkt, im Gegenteil: darin besteht er, das *ist* der nationale Bezug auf Europa.

— *Im 3. Pkt. heißt es, dass der Streit ums „Wie“ in Wahrheit einer ums „Was“ und „Wer“ und „Ob überhaupt“ sei. Macron mit Merkel teilen der Welt mit, dass sie im Prinzip darüber einig seien, dass man Europa vollenden müsse, aber bei der Frage „Wie“ hätten sie Differenzen. Wenn die Franzosen vorschlagen, eine Institution zu schaffen, die europäischen Kredit bereithält und vergibt für Nationen, die ihn nötig haben, dann enthält dieser Vorschlag eine Absage gegenüber Schäubles Festlegung von ganz Europa aufs Sparen. Man merkt, dass das „Wie“ in Bezug auf das „Was“ einen Gegensatz enthält: Das „Wie“, also die Vergemeinschaftung von Schulden, ist eine Absage an dieses Regime, in dem Deutschland als Garantmacht des Euro bestimmend ist. Da ist*

gleichzeitig die Frage auf dem Tisch, wer die Führungsmacht in Europa sein soll und auch „Ob (das) überhaupt“ sein soll, weil beide Führungsnationen sagen, dass dieses Europa, so wie es ist, dem Zweck, den sie sich jeweils gedacht haben, überhaupt nicht entspricht.

— Frankreich und Deutschland befinden sich schon mitten in der Konkurrenz und die schwarze Null war der Konkurrenzvorteil, den sich Deutschland erkämpft hat, während Frankreich als Militärmacht das Sagen hat. Wie Merkel auf Macron eingeht, lässt einige Schlüsse zu in Richtung: Ohne Frankreich geht nichts, aber Frankreich stellt absolut unbrauchbare Forderungen. Also das „Wer“ ist kein Geheimnis.

Es geht weniger darum, dass das „Wer“ in der Sache kein Geheimnis ist, sondern warum das „Wer“ und „Was“ so *ununterscheidbar* sind. Der erwähnte Konkurrenzvorteil und die sich dann auch in politische Diktatmacht umsetzende ökonomische Macht Deutschlands bedeutet gleichzeitig, dass es die Garantiemacht für den Euro ist: Er lebt von der schwarzen Null, die Deutschland gegen die anderen EU-Staaten durchgesetzt hat. Das ganze Konstrukt Europa mit seiner beträchtlichen wirtschaftlichen Macht lebt davon. Dann ist aber auch der Streit: Wie definiert Europa sein Verhältnis zum Euro? nicht davon abtrennbar, dass es um die Frage geht: Kann man Frankreich auf die Linie weiter verpflichten, die den Euro im Moment ökonomisch garantiert und damit Deutschlands Sonderstellung bezogen auf den Euro? Was dann genauso umgekehrt gilt. Es ist von diesen Staaten aus ja nicht mal nur verlogen zu sagen: Wir machen nur einen Streit ums „Wie“ – sie haben wirklich den Willen dazu, das in ein „Wie“ aufzulösen. Frankreich sagt ja auch nicht, die schwarze Null sei obsolet. Bei Frankreich geht es gerade darum, die ökonomische Qualität des Euro zu benutzen, also auch zu erhalten, aber abzutrennen von dem deutschen Diktat, das notwendigerweise Frankreich mit dem, was es ökonomisch darstellt, ins zweite Glied rückt. Umgekehrt kommen die Deutschen, wenn sie vorausdenken an Europa als einem weltpolitischen (auch Gewalt-)Subjekt, sowohl, was die Durchsetzung innerhalb Europas als auch, was die Durchsetzung Europas in der Welt anbelangt, nicht an Frankreich vorbei. Deshalb wollen sie das auch gar nicht. Aber das Eingeständnis, dass Deutschland vom französischen Gewaltarsenal abhängt, sich also auch Bedingungen diktieren lassen muss, dieses Junktim kommt wiederum für die Deutschen nicht in Frage.

— Frankreich weiß die schwarze Null als die im Euro enthaltene ökonomische Stärke Deutschlands ja auch zu schätzen, will die aber anders instrumentalisieren als Deutschland – eben im Sinne Frankreichs.

Ja, und zwar, indem man den Euro noch ein Stück weiter europäisiert. Das hat einerseits den objektiven Widerspruch, dass die Qualität des Euro nun mal an diesem (schwarze Null-)Regime hängt und an der speziell deutschen Garantiemacht. Andererseits ist das (und so kriegen es die Deutschen mit) ein Angriff auf die Sonderstellung Deutschlands – und darum streiten sie sich. Letztere sehen vor allem: Die wollen an unser gutes Geld – und das will Macron ja auch –, aber er will es als solches erhalten und deshalb macht er (von Deutschland aus gesehen) halbgeare Kompromissvorschläge, auf die die deutschen Politiker unterschiedlich bis gegensätzlich reagieren: Die einen 'machen den' auf die schwarze Null scharfen Schäuble (oder FDP-Lindner), während der andere Standpunkt ist: Wenn die Aufrechterhaltung der Garantiemacht Deutschlands nur noch unter weiterer Untergrabung der Fähigkeit und des Willens der anderen Staaten geht, dann ist das auch nicht gut für das, wofür wir die schwarze Null haben wollen, also für den imperialistischen Ertrag, den wir doch aus ihr ziehen wollen. Deswegen gibt es auch und gerade in den beiden Führungsnationen – wenn auch als Meinung einer Minderheit – den grundsätzlichen Zweifel, ob dieses Europa überhaupt taugt und dabei begegnet den politischen Machern das „Was“, „Wer“ und „Ob überhaupt“ – also das, *was sie selber produzieren* – immer als die Schwierigkeiten, die sie mit ihren Projekten bei den anderen haben. Und das sorgt für einen schon ziemlich fest institutionalisierten Euro-Skeptizismus, gerade in den beiden europäischen Führungsmächten.

Nächstes Mal (14.05.2018): Grund und Zweck der letzten Militäraktion gegen Syrien seitens der USA, Englands und Frankreichs und Grund und Zweck der deutschen Haltung dazu.